



Terrorgefahr in Deutschland¹

Bedrohungsperzeption vs. tatsächliche Erfahrung

Christian Tuschhoff

Deutsche Angst vor Terror

Die Gefahr von Terroranschlägen ist den Deutschen sehr präsent. Aktuelle Umfragen zeigen, sie sind überzeugt, dass Terrorgruppen weitere Anschläge verüben werden (Ehni 2016; Forschungsgruppe Wahlen 2016; Infocenter der R+V Versicherung 2016). 64 Prozent befürchten sogar, selbst Opfer eines Anschlags zu werden (Köcher 2016). Die Angst vor Terroranschlägen befindet sich 2016 mit Werten nahe der 80 Prozentmarke auf einem Allzeithoch, wie Abbildung 1 zeigt. Noch 2011 machten sich lediglich 22 Prozent der Befragten Bevölkerung Sorgen vor Terroranschlägen (Institut für Demoskopie Allensbach 2012). Wenn – wie hier – verschiedene Umfragen unterschiedlicher Meinungsforschungsinstitute trotz nicht übereinstimmender Frageformulierung zu ähnlichen Ergebnissen gelangen, dann spricht dies dafür, dass die Furcht der Deutschen vor Terroranschlägen Mitte des Jahres 2016 tatsächlich hoch ist. Wie ist diese Bedrohungsperzeption zu erklären?

Der hohe Grad an Besorgnis wird nur verständlich, wenn er in Bezug zu den zeitnahen Anschlägen gesetzt wird. In einem Regionalzug nahe Würzburg ging am 18. Juli 2016 ein Terrorist mit einer Axt auf Fahrgäste los. Nur sechs Tage später explodierte in Ansbach eine Rucksackbombe in unmittelbarer Nähe einer öffentlichen Veranstaltung und riss den Attentäter in den Tod.² Beide Anschläge konnten dem Islamischen Staat (IS) zugeordnet werden. Während aber in

Deutschland nur wenige Opfer zu beklagen waren, wurden bei Anschlägen in Frankreich und Belgien weitaus mehr Menschen getötet oder verletzt (Wikipedia Deutschland 2016). Insgesamt betrachtet sind Deutsche bislang kaum von islamischen Terroranschlägen betroffen worden. Die geäußerte Besorgnis kann daher nicht auf Erfahrungen im eigenen Land und auf die Vergangenheit gestützt werden. Sie ist eher zukunftsgerichtet oder bezieht sich auf Erfahrungen der Nachbarstaaten. Ferner ist denkbar, dass die Ankündigungen von Terrororganisationen wie des IS, Deutschland sei auch Ziel seiner Anschläge, die beabsichtigte Wirkung nicht verfehlt hat, zumal die deutschen Sicherheitsorgane dazu raten, diese Drohungen ernst zu nehmen (Bundesministerium des Innern 2016).

In der folgenden Analyse werden deshalb die Bedrohungen, die von *tatsächlich* verübten Anschlägen ausgeht als „hart“ bezeichnet, während die *Perzeption* von Bedrohung, die sich nicht auf deutsche Erfahrungen stützen kann oder die auf die Erwartung zukünftiger Anschläge aufgebaut ist, als „weich“ bezeichnet wird.

Was ist ein Terroranschlag?

Um die Terrorgefahr für Deutschland im Lichte bisheriger Anschläge besser abschätzen zu können, sollen im Folgenden Daten und entsprechende Berichte zum internationalen Terrorismus ausgewertet werden. Die Daten wurden der *Global Terrorism Database* entnommen (National Consortium for the Study of Terrorism and

¹ Die folgenden Ausführungen aktualisieren und ergänzen Kapitel 3.4.2 in Tuschhoff (2015b: 71-75). Ich danke Jörg Boltersdorf und Jakob Schissler für wichtige Vorschläge und Anregungen zu diesem Beitrag. Unzulänglichkeiten und Fehler liegen allein in meiner eigenen Verantwortung.

² Ein aufsehenerregender Anschlag am 22. Juli 2016 in München erwies sich nicht als Terroranschlag, sondern als Amoklauf.

the Response to Terrorism (START) 2016a).³ Grundsätzlich wurden bei der hier vorgenommenen Untersuchung jene Anschläge ausgeklammert, bei denen es begründete Zweifel gibt, dass es sich um Akte von Terrorismus handelt. Die Forscher, die diese Datensätze zusammenstellen, verwenden sehr viel Zeit und Anstrengung darauf, zu ermitteln, ob ein Gewaltakt tatsächlich ein terroristischer Anschlag war und wem er gegebenenfalls zuzurechnen ist. Die Aussagekraft der Daten ist deshalb gerade auch im Vergleich mit aktuellen Medienberichten als sehr hoch einzustufen.

Ein Terroranschlag ist ein entweder angedrohter oder tatsächlich ausgeführter Gebrauch von illegaler Gewalt eines nicht-staatlichen Akteurs, der dem Zweck dient, politische, wirtschaftliche, religiöse oder soziale Ziele zu erreichen, indem Einschüchterung oder Furcht erzeugt oder sogar Zwang ausgeübt wird. Damit ein Ereignis als Terroranschlag bezeichnet wird, müssen zunächst drei Charakteristika zutreffen (National Consortium for the Study of Terrorism and the Response to Terrorism (START) 2016b: 9):

1. Das Ergebnis muss beabsichtigt gewesen sein.
2. Es muss ein gewisses Maß an Gewalt ausgeübt oder unmittelbar angedroht worden sein.
3. Der oder die Täter müssen ein nicht-staatlicher Akteur sein. Staatsterrorismus wird daher in dieser Definition nicht mit umfasst.

Zusätzlich zu diesen Charakteristika müssen Ereignisse mindestens zwei der folgenden drei Bedingungen erfüllen, um als Anschlag zu gelten:

1. Der Anschlag muss den Zweck verfolgen, ein politisches, wirtschaftliches, religiöses oder soziales Ziel zu verfolgen.

³ Für das Jahr 1993 liegen im Datensatz keine hinreichend vollständigen Angaben vor, so dass dieses Jahr ganz aus dem Datenbestand ausgeklammert bleibt. In Deutschland gab es 1993 insgesamt 198 Ereignisse, die als Terroranschläge gewertet werden können. Dies

2. Es müssen Beweise erbracht werden, dass eine Absicht zur Zwangsausübung, Einschüchterung oder Übermittlung einer anderen Botschaft an einen größeren Empfängerkreis als die unmittelbaren Opfer ausgesandt werden sollte.
3. Die Handlung muss außerhalb des Kontext von legalen Kriegshandlungen ausgeübt worden sein.

Terroranschläge in Deutschland 1990 - 2015 – eine Analyse

Für Deutschland zeigt sich, dass die Anzahl der Anschläge in den Jahren 2014 und 2015 wieder leicht angestiegen ist. Sie sind jedoch weit entfernt von den Höchstständen in den 1990er Jahren (Abbildung 2). Damit wird deutlich, dass die gestiegene Terrorangst der deutschen keine reine Einbildung ist, denn in der Tat fanden mehr Anschläge statt als in den 2000er Jahren. Jedoch ist die empfundene Bedrohung im Vergleich zu den tatsächlichen Anschlägen unverhältnismäßig hoch und kann deshalb mit den Anschlägen allein nicht hinreichend erklärt werden.

Anschlagszahl und -arten

Hinzu kommt, dass die Sorge der Deutschen, sie könnten selbst Opfer eines Anschlags werden, nicht auf tatsächlich gemachte Erfahrungen mit Terrorismus in Deutschland zurückgeführt werden kann. Wie Abbildung 3 verdeutlicht, richtete sich über die Hälfte der insgesamt 618 Terroranschläge, die zwischen 1990 und 2015 in Deutschland geplant oder ausgeführt wurden, gegen Einrichtungen oder Infrastruktur und nicht gegen Personen. Insgesamt verloren 56 Menschen ihr Leben. 513 wurden verwundet. Zwischen 2008 und 2014 waren keine Terror Opfer zu beklagen. Erst 2015 starben sechs Menschen nach Anschlägen und 39 erlitten Verletzungen (Abbildung 4).

sind vier Prozent aller international erfassten Anschläge Dabei wurden 27 Personen getötet und 181 verletzt (National Consortium for the Study of Terrorism and the Response to Terrorism (START) 2016b: 60).

Allerdings bilden Privatpersonen und Privateigentum mit 135 Anschlägen das am zweithöchsten bevorzugte Anschlagziel nach Firmen (257), wie Abbildung 5 zeigt. Diese Rangfolge mag die gestiegenen Sorgen der Bürger zumindest teilweise begründen.

Dominante Terrorgruppen

Die meisten Anschläge (363) wurden jedoch mit Brennstoff ausgeführt. Da dies nicht die bevorzugte Waffe von islamischen Terroristen ist, liegt hier ein Indiz verborgen, dass islamistische Terroristen, die sich z.B. dem Islamischen Staat oder Al-Qaida verbunden fühlen, nicht die vorrangigen Attentäter sind, vor denen Bundesbürger sich im Lichte bisheriger Erfahrungen ganz besonders zu fürchten hätten.

Tabelle 1: Terrorgruppen mit den meisten Anschlägen in Deutschland (1990-2015 außer 1993)

Terrorgruppe	Anzahl von Anschlägen
Unbekannt (nicht zuzuordnen)	194
Neo Nazi Gruppe	163
Kurdische Arbeiterpartei (PKK)	128
Nationalsozialistischer Untergrund	14
Rechtsextreme Gruppen	10
Kurdisch Militante	8
Türkische Linksextreme	8
Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	6
Kurden	6
Islamischer Staat	0

Quelle: National Consortium for the Study of Terrorism and the Response to Terrorism (START) (2016a)

⁴ Üblicherweise übernehmen islamistische Gruppen wie der Islamische Staat (IS) oder Al-Qaida schnell und mit publizistischem Aufwand die Verantwortung für von ihnen gesteuerte

Im erwähnten Datensatz sind 53 verschiedene Terrorgruppen verzeichnet, denen in Deutschland ausgeübte Anschläge zur Last gelegt werden können. Die größte Zahl von Anschlägen (194) ließ sich jedoch mit keiner bekannten Terrorgruppe (einschließlich islamistischer) in Verbindung bringen.⁴ Die meisten zuordenbaren Anschläge führten Neo-Nazis aus (163). Auch die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) ist für eine große Zahl von Anschlägen (128) in Deutschland verantwortlich. Erst mit weitem Abstand folgen weitere rechtsextreme Gruppen wie z.B. der Nationalsozialistische Untergrund und andere. Und auch andere Kurdengruppen sind mit einstelligen Anschlagzahlen vertreten. Muslimische oder islamische Extremisten konnten nur ganz vereinzelt für Terroranschläge verantwortlich gemacht werden. Vor 2016 wurden in Deutschland keine Terroranschläge verübt, die dem Islamischen Staat zugerechnet werden können (Tabelle 1).

Somit lassen sich vor allem Rechte (Neo-Nazi) Extremisten und kurdische Gruppen als Haupttäter terroristischer Anschläge in Deutschland identifizieren. Von ihnen geht die größte Bedrohung aus. Muslimische oder islamische Gruppen sind – sieht man von den beiden jüngsten Anschlägen in Würzburg und Ansbach 2016 ab – hierzulande kaum terroristisch tätig gewesen. In dem Maß, indem die Sorge der Bürger von Terroranschlägen mit Islamisten in Verbindung gebracht werden, geht die Befürchtung an den eigentlichen Bedrohungen weit vorbei. Zumindest bislang waren diese Art Terroristen in Deutschland nicht besonders aktiv und haben daher auch vergleichsweise wenige Opfer gefordert.

Anschlagziele

Eine genauere Betrachtung der Anschlagziele in den Jahren 2014 und 2015 zeigt überdies, dass Terroristen in Deutschland es insbesondere auf

Anschläge, weil sie sich davon einen großen propagandistischen Effekt, Zuspruch, Unterstützung und Zulauf versprechen.

Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte abgesehen hatten. Von den insgesamt 46 Anschlägen im Jahr 2015 waren allein 37 (über 80%) auf Flüchtlingsheime gerichtet. Im Jahr 2014 waren es von insgesamt 14 Anschlägen immerhin zwei, während sich sechs gegen religiöse Stätten richteten. Damit wird deutlich, dass gerade im letzten Jahr insbesondere Flüchtlinge und ihre Unterkünfte bevorzugte Ziele von in Deutschland operierenden Terroristen sind. Die Bundesbürger selbst sind vom Terrorismus weitaus weniger bedroht als die aus ihrer Heimat vertriebenen Menschen, die sich eigentlich in der Bundesrepublik sicher fühlen wollten. Im Jahr der meisten Anschläge – 1994 – richteten sich die Attacken (52) zu über einem Drittel gegen Schulen und mit weitem Abstand gegen die Polizei (16).

Regierungsamtliche Bedrohungslagen

Während sich die öffentliche und mediale Aufmerksamkeit in aller erster Linie auf den islamischen Terrorismus richtet und damit der real erfahrbare rechtsextreme Terrorismus eher verdrängt wird, zeigt der neueste regierungsamtliche Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2015 die tatsächlichen Unterschiede der Bedrohung auf. Dort wird das Gefahrenpotential des Rechtsextremismus anhand von sehr konkreten Fakten dingfest gemacht (Bundesministerium des Innern 2016: 46).

- ◆ Die Zahl von Gewalttaten ist gegenüber den Vorjahren erheblich gestiegen.
- ◆ Die Intensität von Gewalttaten ist gestiegen.
- ◆ Die Anzahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten ist gestiegen.

Das Gefährdungspotential, das von islamischen Extremisten ausgeht, wird vergleichsweise auf weitaus weniger „harte“ Evidenz gestützt (Bundesministerium des Innern 2016: 166):

- ◆ Islamische Terrorgruppen hätten zum „heiligen Krieg“ aufgerufen.
- ◆ Europäische Nachbarländer wurden von solchen Anschlägen betroffen.

- ◆ Das militärische Engagement Deutschlands im internationalen Kampf gegen den Terrorismus stellte für islamische Extremisten eine hinreichende Rechtfertigung dar, Anschläge auch in Deutschland zu verüben.

Die Tatsache, dass der Verfassungsschutz sehr konkrete Angaben zur Anzahl von Rechtsextremisten und deren gewaltbereiten Personen machen kann, aber keine ähnlich konkreten Fakten zu extremen Islamisten vorlegt, weist ebenfalls darauf hin, dass das Gefahrenpotential des Rechtsextremismus höher eingeschätzt wird als die des islamischen Extremismus (Bundesministerium des Innern 2016: 45, 155). Und schließlich könnte die Gliederung des Verfassungsschutzberichts darauf hindeuten, dass dem vorrangig behandelten Rechtsextremismus ein höheres Gefahrenpotential zugemessen wird als dem islamischen Terrorismus.

Während der Bericht selbst einen Vergleich der Gefahren vermeidet, die von islamischen und rechtsextremen Terrorgruppen ausgehen, wird er vom zuständigen Bundesminister, Thomas de Maizière, in dessen Vorwort zum Bericht unzweideutig und überraschend gezogen:

„Die *unverändert größte* Bedrohung für unsere freien Gesellschaften stellt aktuell der international agierende islamistische Terrorismus dar...Doch auch der enorme Anstieg rechtsextremistischer Gewalt ist alarmierend.“ (Bundesministerium des Innern 2016: 3, Hervorhebung ChT).

Einzig die Tatsache, dass der Innenminister bei seiner Formulierung der Gefahr von „freien Gesellschaften“ im Plural spricht, bewahrt ihn davor, sich dem Vorwurf auszusetzen, bei der Beurteilung nicht angemessen zwischen „harten“ und „weichen“ Fakten zu unterscheiden.

Noch weitaus irreführender als der Verfassungsschutzbericht ist der einschlägige Bericht von EUROPOL (2016). Dort wird die Bedrohung durch islamistische bzw. dschihadistische

Terroristen als weitaus höher eingestuft als durch andere Terrorgruppen. Als Grund führt EUROPL die Trendanalyse an: Die Zahl der islamistisch motivierten Anschläge steige an, die Anzahl von ethno-nationalistischen nehme ab. Diese Dateninterpretation ist fragwürdig. Der Blick auf die absoluten Zahlen⁵ zeigt, dass die ethno-nationalistischen Anschläge von 67 im Jahr 2014 auf 65 im Jahr 2015 nur unwesentlich zurückgegangen sind. Dennoch sind die meisten Anschläge in Europa dieser Kategorie zuzuordnen. Die islamistisch motivierten Anschläge stiegen von einem (2014) auf 17 (2015) an (EUROPOL 2016: 10; 34). Wenn aber die Bedrohungsanalyse weitestgehend auf der Trendbeobachtung beruht und dabei die Beurteilung der absoluten Häufigkeit von Anschlägen aus dem Blick gerät, wird das Gesamtbild der Bedrohung verzerrt.

Die verzerrende Betrachtung und Berichterstattung der zuständigen Behörden in Deutschland und Europa ist nicht geeignet, die verfehlte Bedrohungsperzeption der Bürger zu korrigieren. Denn nur aufmerksame und kritische Leser der Berichte sind in der Lage, die wahren Sachverhalte der Gefahrenlage zu erkennen.

Ungereimtheit von Bedrohungslage und -perzeption

Bei der Betrachtung von Terroranschlägen in Deutschland über die letzten 25 Jahre zeigt sich, dass die Deutschen selbst bislang nicht im Fokus von Attentätern standen. Der hohe Grad der „weichen“ Bedrohungsperzeption steht im Widerspruch zu den tatsächlichen „harten“ Erfahrungen. Bislang ging die Gefahr nicht so sehr von islamistischen Terrorgruppen sondern vor allen Dingen von Rechtsextremen, Neo-Nazis und kurdischen Extremisten aus. Flüchtlinge in Deutschland haben sehr viel mehr Grund zur Sorge, Opfer von Terrorattacken zu werden als Deutsche. Deren Angst kann allenfalls auf die Erfahrung von Anschlägen in den

Nachbarländern Frankreich und Belgien zusammen mit der Vermutung gestützt werden, dass ähnliche Attacken prinzipiell auch in Deutschland möglich wären. Ob solche Anschläge in Zukunft wahrscheinlicher sind als sie es in der Vergangenheit waren, ist eine reine Vermutung, die auf spekulative Überlegungen gestützt ist. Da der Fokus der Bedrohungswahrnehmungen jedoch offenkundig auf islamistische Extremisten gerichtet ist, wird die tatsächliche Gefahr im eigenen Land systematisch verdrängt anstatt genau betrachtet. Zwischen der realen Bedrohungslage und deren Wahrnehmung durch die Bevölkerung besteht eine erhebliche Ungereimtheit.

Diese Verhaltensweise ist nur erklärbar, wenn zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen Flüchtlingen eine imaginäre Grenze gezogen wird. Unbewusst wird sozial ein „wir“ der Gesellschaft konstruiert, bei dem diese Trennlinie gezogen wird. Der überwiegende Teil der Gesellschaft der Deutschen fühlt sich dann von „weichen“ Gefahren bedroht, die bislang nur in Nachbarländern aber nicht in Deutschland selbst aufgetreten sind. Hingegen wird die „harte“ Anschlagsgefahr, die nicht-deutsche Flüchtlinge gefährdet und die tatsächlich erfahrbar war, nicht als ähnlich bedrohlich wahrgenommen. Bei der Bedrohungsperzeption wird also eine imaginäre Trennlinie der Betroffenheit von Anschlägen zwischen Deutschen und Flüchtlingen gezogen.

Terrorismus international

Richtet man den Blick nicht nur auf den Terrorismus in Deutschland, sondern betrachtet auch den Rest der Welt, wird die Bedrohung Deutschlands ganz erheblich relativiert (Abbildung 7). Die ganz überwiegende Mehrzahl der Terroranschläge wird im Mittleren Osten und Nordafrika (31,1%) sowie in Südasien (30,0%) ausgeführt. In seiner Analyse der Daten aus dem Jahr 2014 konnte das Institute for Economics & Peace (2015)

Mitteilungen der nationalen Regierungen. Deshalb weichen die Zahlen von EUROPL von dem hier analysierten Datensatz ab.

⁵ EUROPL benutzt nicht die im Global Terrorismus Index erhobenen Daten, sondern stützt sich auf eigene Erhebungen bzw. den

zeigen, dass 78% der vom Terrorismus verursachten Toten in nur fünf Ländern – Irak, Nigeria, Afghanistan, Pakistan und Syrien - konzentriert waren. Allerdings breitete sich der Terror 2014 auch auf andere Länder aus: Neben den genannten fünf Ländern hatten auch sechs weitere – Somalia, Ukraine, Jemen, die Zentralafrikanische Republik, der Süd Sudan und Kamerun – im Jahr 2014 mehr als 500 Tote als Folge von Terroranschlägen zu beklagen.

Das letzte Drittel der Gesamtzahl weltweiter Terrorattacken ist auf die anderen zehn Weltregionen aufgeteilt. Der Anteil Westeuropas an den Anschlägen betrug 2015 6,2 Prozent, der Osteuropas 3,6 Prozent (Abbildung 7). Die meisten Anschläge in Westeuropa, die einer Gruppe zugeordnet werden konnten, gehen auf das Konto der irischen Befreiungsarmee IRA (597) und der baskischen Separatistengruppe ETA (583). Mit großem Abstand folgt die korsische nationale Befreiungsfront FLNC (300). Der Islamische Staat verübte 2.515 Anschläge im Mittleren Osten & Nordafrika aber nur acht in Westeuropa. Selbstverständlich ist wenig überraschend, dass auch die Opfer von Terroranschlägen vor allem im Mittleren Osten & Nordafrika sowie in Südasien zu finden sind (Abbildung 8).

Der regionale Vergleich zeigt also, dass der internationale Terrorismus in hohem Maß auf zwei Weltregionen konzentriert ist und auch dort die allermeisten Opfer zu beklagen sind. Die Terrorgefahr in Westeuropa ging in den Jahren 1990 bis 2015 vorwiegend von separatistischen und/oder nationalistischen Terrorgruppen aus. Islamistische Gruppen verübten kaum Anschläge in Europa.

Das Institute for Economics & Peace (2015) zeigt, dass Terroranschläge insbesondere in solchen Ländern verübt werden, die zwei Merkmale aufweisen:

- ◆ Ausübung von politischer Gewalt durch den Staat bzw. die herrschende Regierung (92% aller Anschläge der letzten 25 Jahre);

- ◆ instabile Lage aufgrund eines breiter angelegten bewaffneten Konflikts wie z.B. einem Bürgerkrieg (88 % der Anschläge in den letzten 25 Jahren).

Damit wird deutlich, dass die ganz überwiegende Anzahl von Terroranschlägen auf ein vollkommen unzureichendes Sicherheitsumfeld in den entsprechenden Ländern zurückgeführt werden muss. Die Treiber von politischen, sozialen, wirtschaftlichen oder religiösen Konflikten in diesen Ländern begünstigen offenkundig auch ein hohes Maß an terroristischer Aktivität (Institute for Economics & Peace 2015: 67). Diese Voraussetzungen sind in OECD Ländern, Westeuropa oder Deutschland nicht gegeben. Die Gefahr, dass sich der Terrorismus von den Ländern des Mittleren Ostens, Nordafrika oder Südasien nach Westeuropa ausbreiten kann, ist deshalb als gering einzustufen, so lange die beiden genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

In den OECD Ländern dominiert eine andere Form von Terrorismus. Soweit Gruppen für Anschläge verantwortlich gemacht werden können, sind es vorwiegend Rechtsextreme oder ethnische bzw. nationalistisch-separatistische Kräfte. Weitere Anschläge werden – wenn überhaupt – von Einzeltätern, sogenannten „einsamen Wölfen“, verübt. Dafür ist der Norweger Anders B. Breivik ein anschauliches Beispiel. Deren Motivation ist sehr viel stärker in der sozialen Entfremdung oder Entrechtung zu suchen. Jugendarbeitslosigkeit, Drogenkriminalität, Misstrauen gegenüber Demokratie und Medien, einfacher Zugang zu Waffen oder negative Einstellungen gegenüber Einwanderung sind die Charakteristika von Gesellschaften, aus denen diese einsamen Wölfe stammen und/oder in denen sie ihre Anschläge verüben (Institute for Economics & Peace 2015: 69). Eine wirksame Bekämpfung von Terrorismus in OECD Ländern muss deshalb vor allen bei solche Anschläge begünstigenden Voraussetzungen ansetzen.

Wie wird Terror beendet?

Zur Klärung der wichtigen Frage, auf welche Weise Terrorismus beendet bzw. Terrorgruppen aufgelöst werden können, haben Jones/ Libicki (2008) 648 Gruppen im Zeitraum zwischen 1968 und 2006 untersucht. Sie erzielten das folgende Ergebnis (Abbildung 9):

Die meisten Gruppen wurden aufgelöst, weil sie entweder in den politischen Prozess eingegliedert werden oder weil die lokale Polizei bzw. Geheimdienste Schlüsselmitglieder festnehmen konnten. Militärische Streitkräfte haben nur selten dazu beigetragen, dass Gruppen aufgelöst werden konnten. Nur wenige Gruppen lösten sich auf, weil sie ihre Ziele durch einen Sieg erreicht hatten.

Die Eingliederung in den politischen Prozess führte in 43% der untersuchten 648 Gruppen zur Auflösung.⁶ Dabei spielte eine große Rolle, wie breit oder ambitioniert die Ziele der Gruppen waren. Gruppen mit breiten, ambitionierten Ziele lassen sich weitaus schlechter in eine politischen Konfliktlösungs- oder Aussöhnungsprozess eingliedern als Gruppen mit beschränkten Zielsetzungen. Denn enger gesteckte Ziele lassen sich viel eher ohne Gewalt erreichen als breit gesteckte. Dies ermöglicht die Aushandlung von politischen Vereinbarungen.

Gruppen, die sich einer politischen Lösung entzogen, wurden am besten durch Methoden lokaler Polizeieinsätze oder Geheimdienste aufgelöst (40% der Gruppen). Polizei und Geheimdienste sind viel geübter darin und verfügen über bessere Informationen als Streitkräfte, um in Terrorgruppen einzudringen und sie zu zerstören. Ihr Verständnis für die lokalen Bedrohungsumfelder ist höher als das von Streitkräften.

In zehn Prozent der Fälle haben Terrorgruppen ihre Ziele durch einen Sieg erreicht und konnten daher aufgelöst werden. In nur sieben Prozent der Fälle wurden Terrorgruppen durch den Einsatz

von militärischen Streitkräften aufgelöst. Dies ist besonders dann der Fall, wenn die Gruppe einen bewaffneten Aufstand begonnen hatte. Dazu sind die Gruppen sehr groß, militärisch gut ausgerüstet und sehr gut organisiert. Dieser Gruppentyp verfügt über die größten Fähigkeiten und bildet den tödlichsten Feind. Er ist ohne Einsatz militärischer Streitkräfte nicht beherrschbar.

Dagegen ist der militärische Streitkräfteeinsatz gegen die allermeisten anderen Gruppentypen zu plump und deshalb kontraproduktiv. Sogar ferngelenkte Präzisionswaffen wie z.B. Drohnen sind nur von begrenztem Nutzen für die Terrorabwehr. Hinzu kommt das Risiko, dass bei Kollateralschäden die Zivilbevölkerung sich gegen Streitkräfteeinsätze wendet.

Schlussfolgerung

So menschlich verständlich die in aufgewühlter Stimmung während aktueller Ereignisse entstehenden Bedrohungsperzeptionen auch sein mögen, sie verstellen den unvoreingenommenen Blick auf die tatsächliche Gefahrenlage und lenken deshalb von wirksamer Präventionsmaßnahmen ab. Zusätzlich wird Misstrauen gegenüber Minderheiten von Immigranten bzw. Flüchtlingen geschürt, die in der überwiegenden Mehrheit Opfer der eigentlichen Terrorgefahr sind, statt – wie häufig vermutet – deren Verursacher.

Die Frage, warum Bedrohungsperzeption und tatsächliche Erfahrungen mit Terroranschlägen in Deutschland so weit aus einander fallen, kann hier nicht hinreichend sondern nur spekulativ beantwortet werden: Zu vermuten ist, dass die Bürger bei der Wahrnehmung von Bedrohungen Informationen filtern und eigentümlich verarbeiten. Dabei kommt es zur sogenannten kognitiven Dissonanz: Wenn Informationen auf bestehende aber widersprechende politische Einstellungen treffen, werden sie entweder ignoriert oder in einer Weise interpretiert, dass die

⁶ Erfolgreiche Beispiele sind die IRA oder die FARC.

grundlegenden Einstellungen oder Überzeugungen nicht geändert werden müssen. Entgegen der landläufigen akademischen Überzeugung streben Menschen im Denken nicht nach einer logischen Widerspruchsfreiheit, sondern sind durchaus in der Lage logisch unvereinbare Denkweisen gleichzeitig zu halten (Schissler/ Tuschhoff 1988; Tuschhoff 1990). Im Ergebnis entstehen realitätsferne Einbildungen, die sehr stabil sein können, so dass sie gegen widersprechende Informationen resistent sind.

Hinzu kommt, dass Informationen über tatsächliche Sachverhalte nur dann einstellungsändernd wirken können, wenn sie unzweideutig, glasklar kommuniziert werden und damit den Individuen den Weg in die Einbildung versperren. Unter den Bedingungen der modernen, an Echtzeit orientierten Massenkommunikation ist dies sehr unwahrscheinlich. Politik und Medien kommunizieren heute in einer Vielfalt und häufig auf der Basis aktueller aber unzutreffender Informationen. Dies wirkt gewissermaßen als Einladung an Individuen, den Tatsachen nicht wirklich auf den Grund zu gehen. Hinzu kommt, dass das allgemeine Vertrauen in den Wahrheitsgehalt von Informationen aus Politik und Medien sehr gering ist (Tuschhoff 2015a). Es ist deshalb einfach, an unzutreffenden Bedrohungsvorstellungen festzuhalten.

Insgesamt betrachtet ist die Terrorgefahr in Deutschland gerade im internationalen Vergleich als gering einzustufen, ohne dass deshalb die Wachsamkeit und Prävention überflüssig wäre. Sie geht eher von Neo-Nazis, Rechtsextremen und kurdischen Gruppierungen aus. Opfer sind in erster Linie Immigranten und Flüchtlinge.

Die verfehlte Bedrohungsperzeption der Deutschen zieht eine imaginäre Trennlinie zwischen angeblich terrorbedrohten Deutschen und islamistischen Tätern, von denen viele annehmen, sie stünden in Bezug zu Immigranten oder Flüchtlingen. Es ist zwar durchaus wahrscheinlich, dass sich Terroristen zur Tarnung unter Flüchtlingen verstecken, aber damit geht

von den Flüchtlingen selbst keine Gefahr aus. Sie sind im Gegenteil Anschlagziel vorwiegend neo-nazistischer oder rechtsextremer Terrorgruppen in Deutschland. Die verfehlte soziale Konstruktion von Tätern und Opfern verhindert eine wirksame Bekämpfung der tatsächlichen Terrorgefahren.

Bedauerlicherweise trägt die missverständliche Berichterstattung der deutschen und europäischen Behörden nicht dazu bei, dass Medien und Bürger ihre Fehlperzeptionen korrigieren könnten. Zur Korrektur ist eine realitätsnähere Berichterstattung auf der Grundlage einer wirklich geeigneten Dateninterpretation notwendig. Dabei sind wesentliche Unterscheidungen kenntlich zu machen: Zu diesen gehört, welche Urteile auf Beobachtungen, eher weichen Sachverhalten oder reinen Vermutungen gehören. Darüber hinaus muss verdeutlicht werden, welche Einschätzungen von Gefahren auf Statusanalysen und welche auf Trendanalysen beruhen sowie welche Aussagekraft aus der jeweiligen Analyseform gewonnen werden kann. Ferner sollte stärker als bisher geschehen darauf hingewiesen werden, dass die von Organisationen wie dem IS ausgestoßene Drohungen sicherlich erst zu nehmen sind und Anlass zu Vorsicht und Prävention geben. Die daraus erwachsene Bedorhung ist jedoch nicht so hoch einzustufen wie die, die von Anschlägen selbst ausgeht.

Schließlich wäre wünschenswert, wenn in die Gefahrenanalysen auch die Berichte internationaler Experten einbezogen würden, aus denen die Voraussetzungen für die Verbreitung des internationalen Terrorismus oder dessen Besonderheiten in den jeweiligen Weltregionen besser herausgearbeitet ist, als in der Berichterstattung der Behörden. Die Sicherheit in Deutschland, Europa und anderen OECD Ländern ist sehr weit entfernt von der in Ländern des Mittleren Osten und Nordafrika.

Es bestehen durchaus erhebliche Möglichkeiten, Terrorgruppen zu neutralisieren, in dem Konflikt politische geregelt oder die Gruppen polizeilich

eliminiert werden, selbst wenn solche Prozesse ein großes Durchhaltevermögen erfordern. Dies kann jedoch nur dadurch erhalten werden, dass die Gesellschaft sich von den verfehlten

Bedrohungsperzeptionen verabschiedet und sich auf wirksame Bekämpfungsmethoden gegen die tatsächlichen Gefahren konzentriert.

Bibliographie:

- Bundesministerium des Innern (2016), *Verfassungsschutzbericht 2015*: Bundesministerium des Innern, Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Ehni, Ellen (2016), *ARD Deutschlandtrend August 2016*: EDR; Infratest Dimap 591 Köln: Infratest Dimap WDR.
- EUROPOL (2016), *TE-SAT 2016. European Union Terrorism Situation and Trend Report 2016*: European Police Office (EUROPOL) The Hague: European Police Office.
- Forschungsgruppe Wahlen (2016), *ZDF Politbarometer* Forschungsgruppe Wahlen, 572880 572880 Mannheim: Forschungsgruppe Wahlen.
- Infocenter der R+V Versicherung (2016), *Die Ängste der Deutschen 2016*: R+V Versicherung Wiesbaden: R+V Versicherung. (online: <https://www.ruv.de/presse/aengste-der-deutschen>, abgerufen: 30. August 2016.)
- Institut für Demoskopie Allensbach (2012), *Sicherheitsreport 2011. Eine repräsentative Umfrage zum Thema Sicherheit in Deutschland im Auftrag von T-Systems*: Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbach: Institut für Demoskopie Allensbach.
- Institute for Economics & Peace (2015), *Global Terrorism Index 2015. Measuring and Understanding Global Terrorism* Sydney; New York, NY; Mexico City: Institute for Economics & Peace.
- Jones, Seth G./ Libicki, Martin C. (2008), *How Terrorist Groups End. Lessons for Countering al Qaeda* Santa Monica, CA; Arlington, VA; Pittsburgh, PA: Rand Corporation.
- Köcher, Renate (2016), Beunruhigt, aber nicht in Panik, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24. August 2016, 8
- National Consortium for the Study of Terrorism and the Response to Terrorism (START) (2016a), *Global Terrorism Database (GTB) [Data File released June 2016]*, College Park, MD, (online: <https://www.start.umd.edu/gtd>, abgerufen: August 20, 2016).
- National Consortium for the Study of Terrorism and the Response to Terrorism (START) (2016b), *Global Terrorism Database (GTB). Codebook: Inclusion Criteria and Variables* College Park, MD: National Consortium for the Study of Terrorism and the Response to Terrorism (START), (online: <https://www.start.umd.edu/gtd/downloads/Codebook.pdf>, abgerufen: August 21, 2016).
- Reuter, Markus (2016), 'BKA veröffentlicht Liste mit elf vereitelten Terroranschlägen', (online: <https://netzpolitik.org/2016/bka-veroeffentlicht-liste-mit-elf-vereitelten-terroranschlaegen/>, abgerufen: 31. August 2016).
- Schissler, Jakob/ Tuschhoff, Christian (1988), 'Kognitive Schemata: Zur Bedeutung neuerer sozialpsychologischer Forschungen für die Politikwissenschaft', *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1988 (B 52-53): 3-13.
- Tuschhoff, Christian (1990), *Einstellung und Entscheidung. Perzeptionen im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess der Reagan-Administration, 1981-1984*, 1. Aufl. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Tuschhoff, Christian (2015a), 'Distanzverbreiterung vs. Gemeinschaftsbildung: Die Rolle von Medien und Denkfabriken bei der Verarbeitung der Rede von Bundespräsident Gauck',

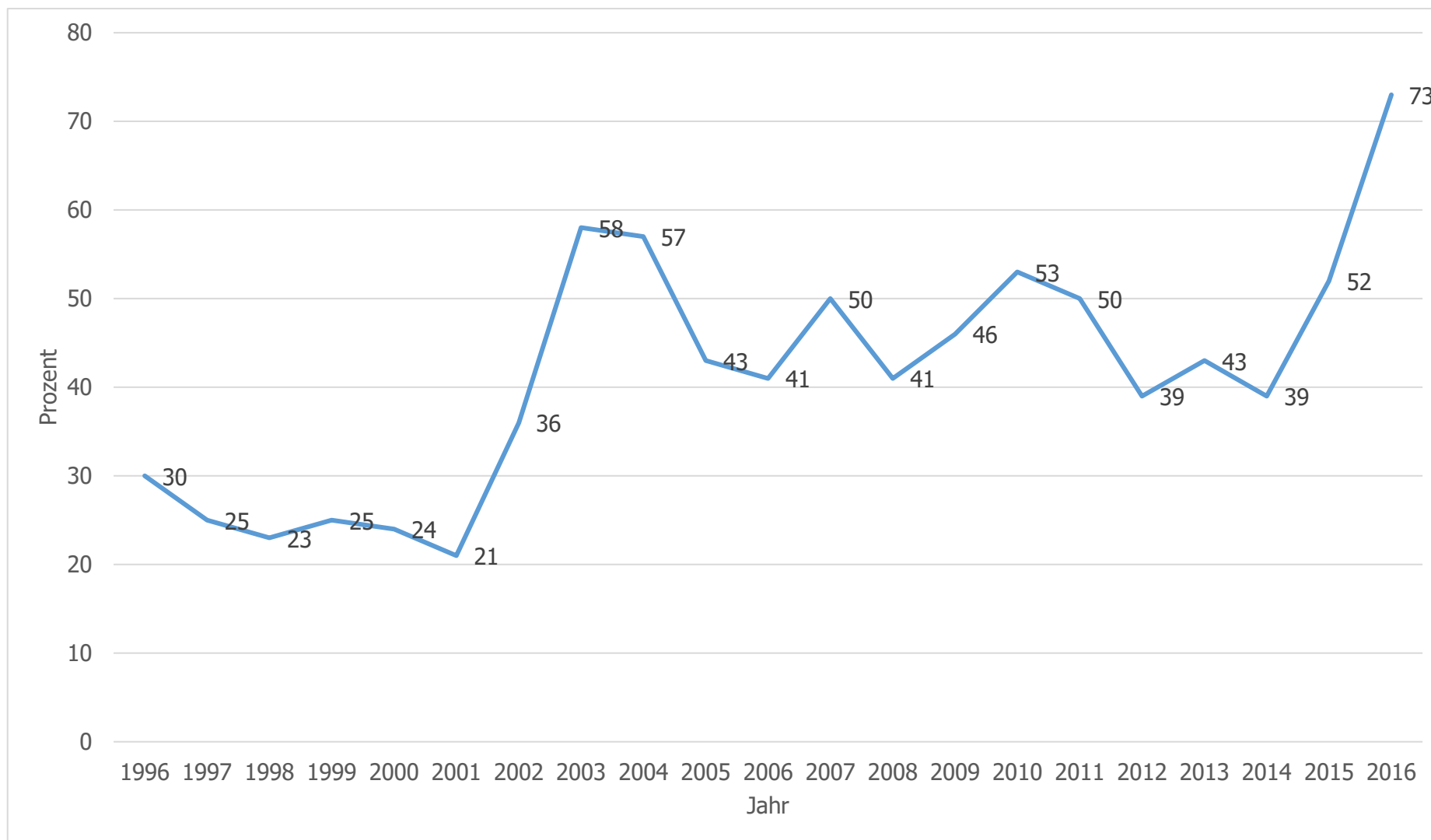
Terrorgefahr in Deutschland

Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. Sonderheft 6 herausgegeben von Gunther Hellmann, Daniel Jacobi, Ursula Stark Urrestarazu, 8 (1): 99-122.

Tuschhoff, Christian (2015b), *Internationalen Beziehungen* Konstanz; München: UVK Verlagsgesellschaft.

Wikipedia Deutschland (2016), 'Liste von Terroranschlägen', (online: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Terroranschlägen, abgerufen: 30. August 2016 2016).

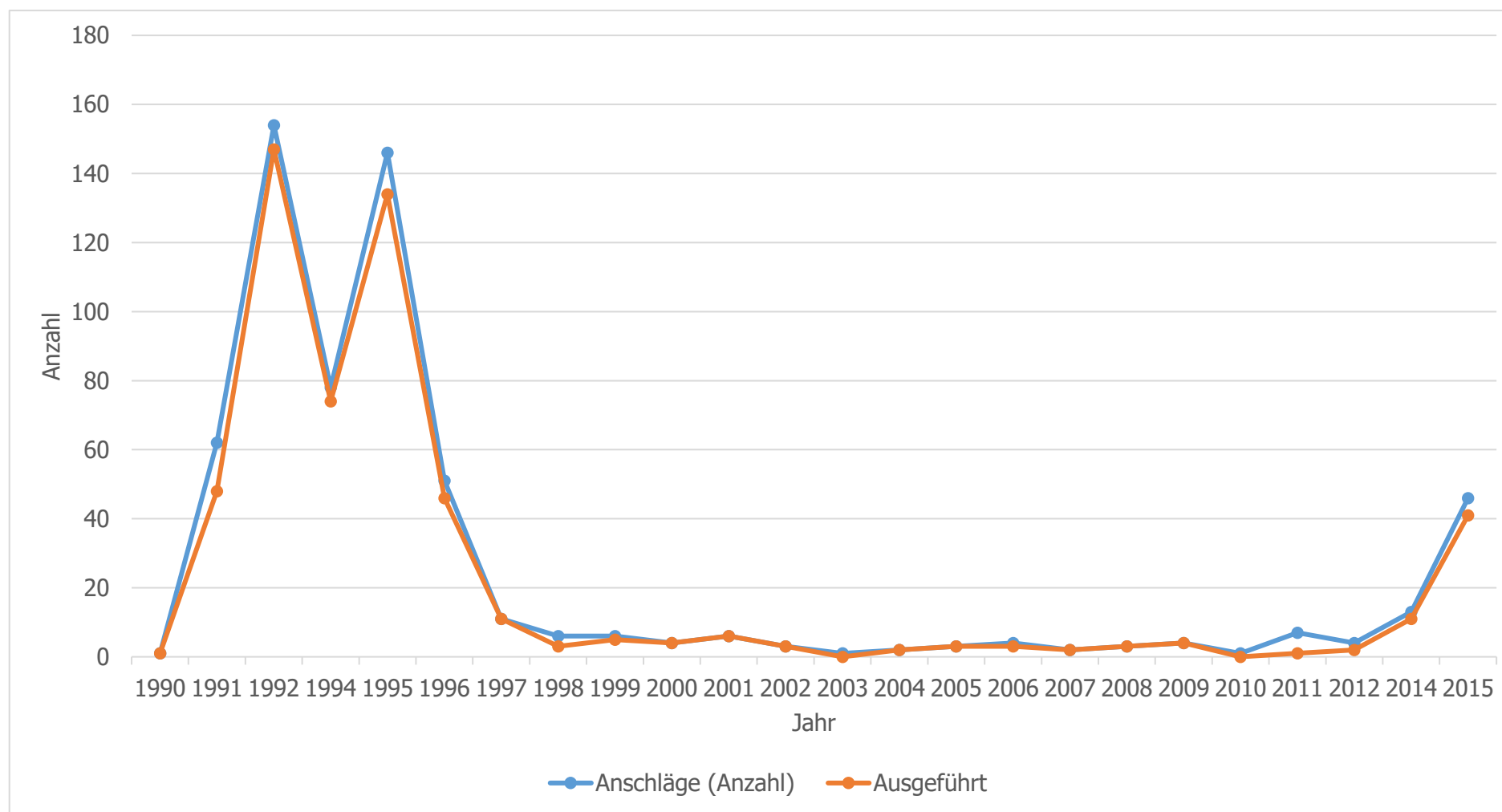
Abbildung 1: Große Angst, dass terroristische Vereinigungen Anschläge verüben (in %)



Quelle: Infocenter R+V Versicherung (2016)

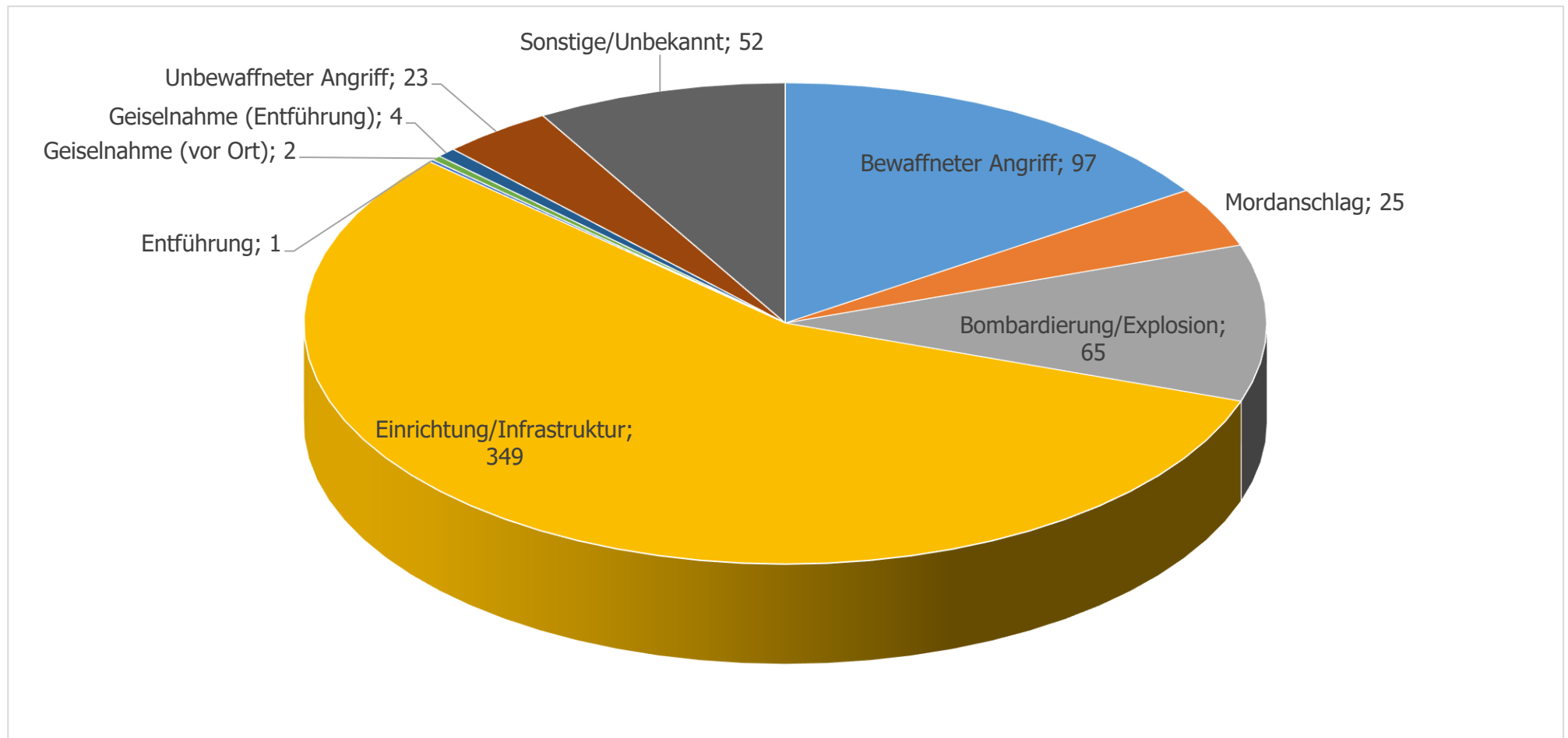
Terrorgefahr in Deutschland

Abbildung 2: Anzahl terroristischer Anschläge in Deutschland pro Jahr (außer 1993)



Quelle: National Consortium for the Study of Terrorism and the Response to Terrorism (START) (2016a). In der blauen Kurve sind auch Anschläge verzeichnet, die bekannt aber nicht ausgeführt wurden. Das Bundeskriminalamt gab an, zwischen 2000 und 2016 elf geplante Anschläge verhindert zu haben (Reuter 2016).

Abbildung 3 Anzahl von Terroranschlägen in Deutschland nach Art (1990-2015)



Quelle: National Consortium for the Study of Terrorism and the Response to Terrorism (START) (2016a)

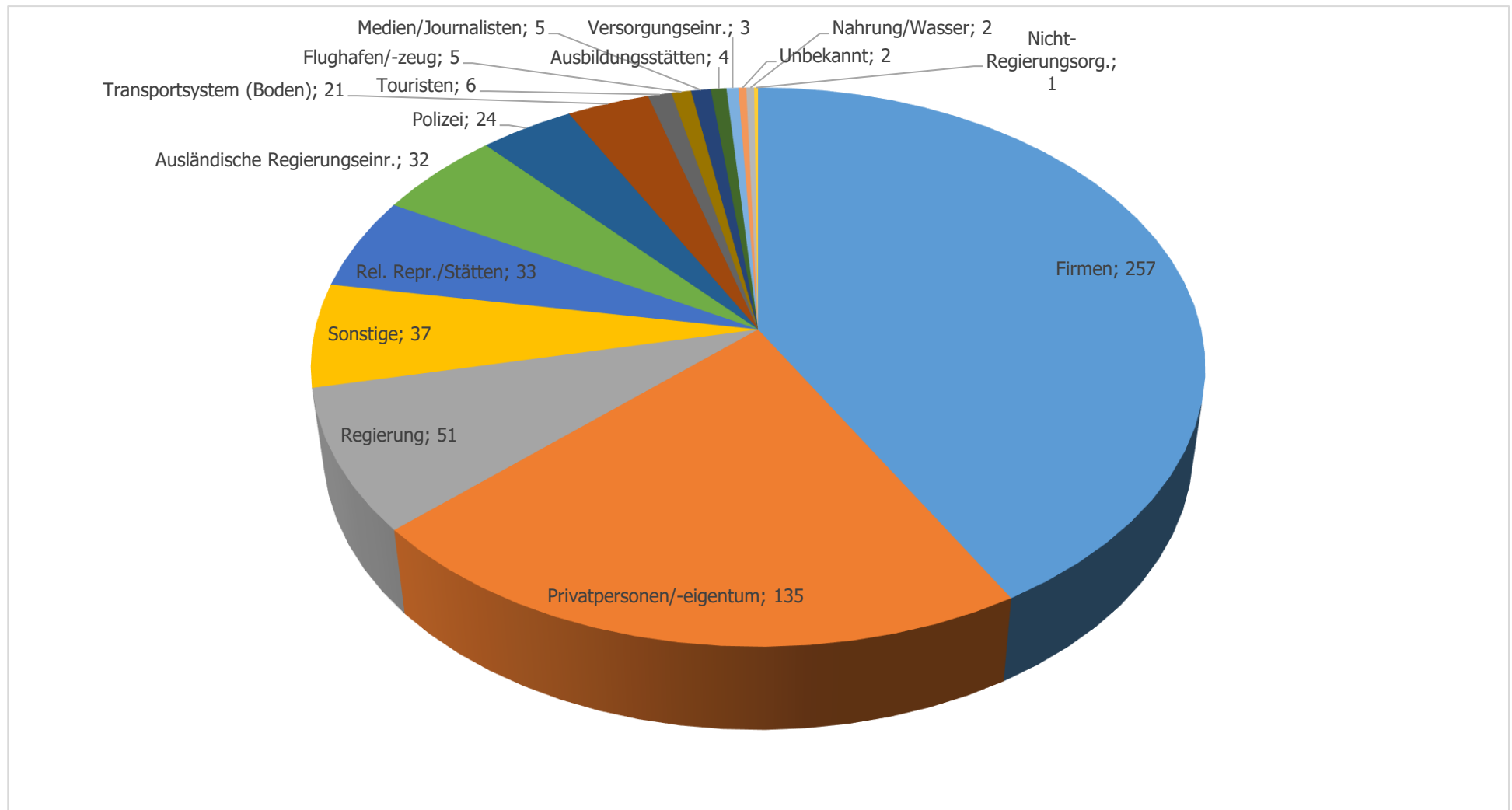
Terrorgefahr in Deutschland

Abbildung 4: Anzahl der Opfer von Terroranschlägen nach Jahr (1990-2015 außer 1993)



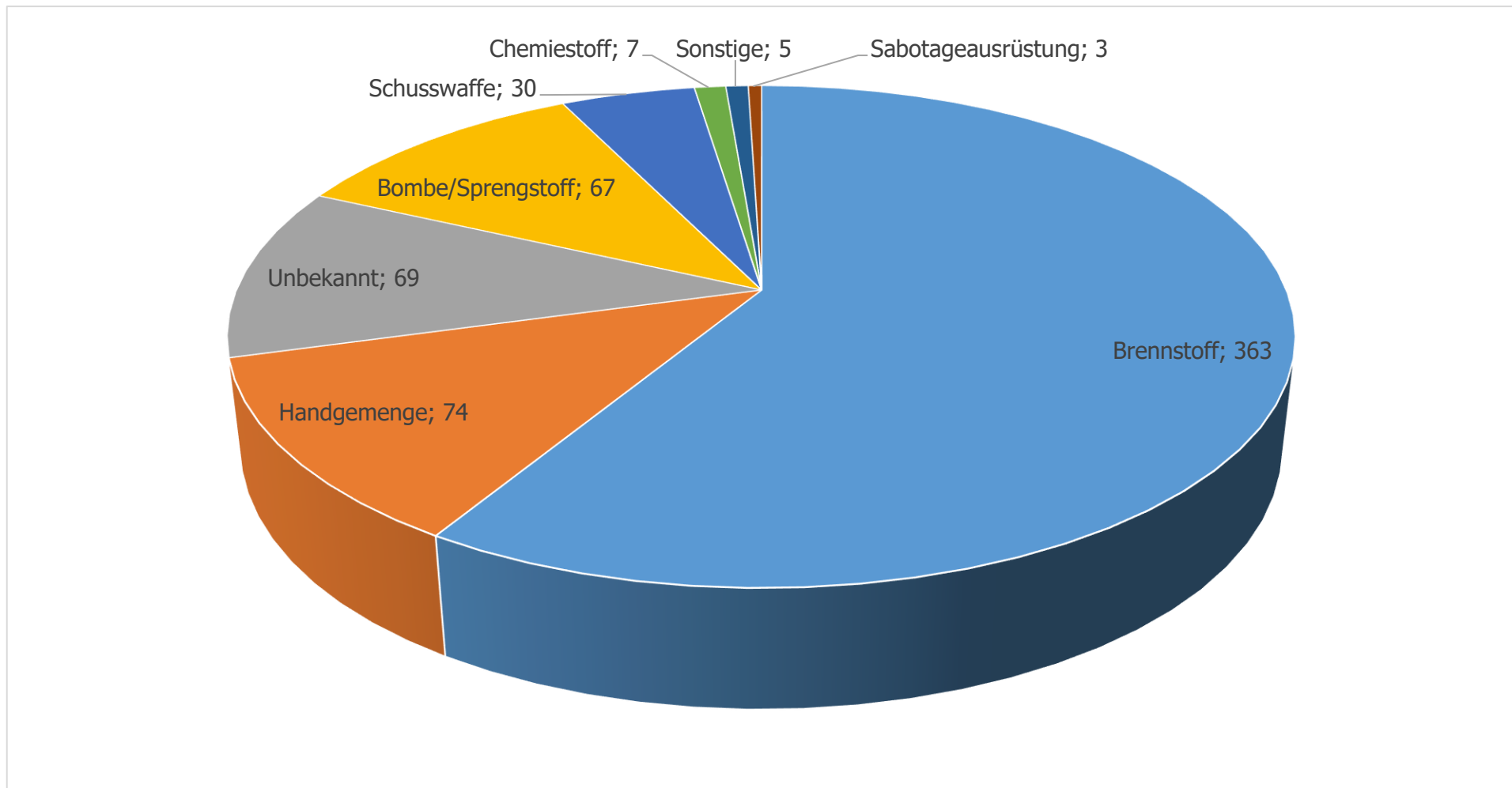
Quelle: National Consortium for the Study of Terrorism and the Response to Terrorism (START) (2016a)

Abbildung 5: Anzahl von Terroranschlägen in Deutschland (1990-2015 außer 1993) nach Art der Ziele



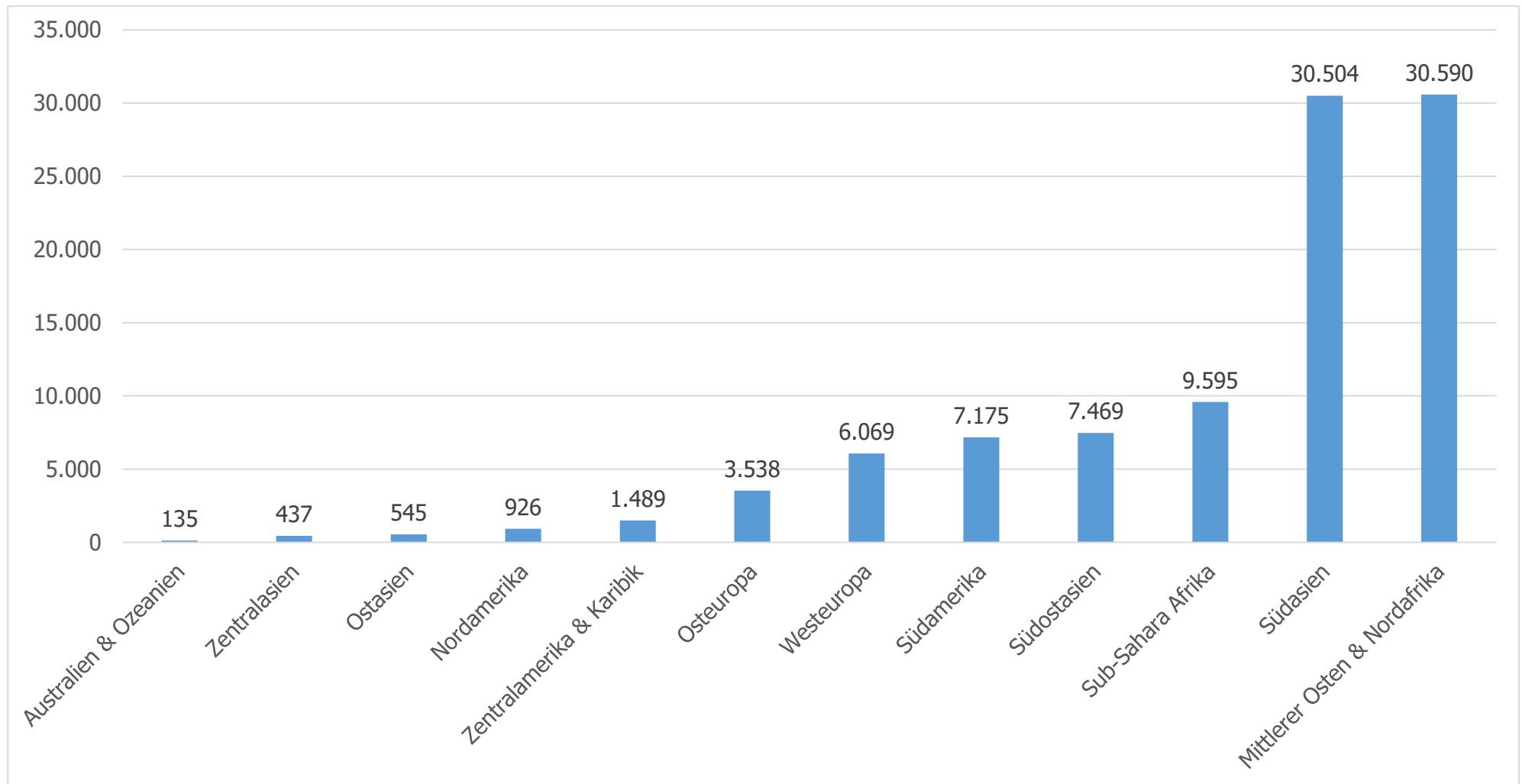
Quelle: National Consortium for the Study of Terrorism and the Response to Terrorism (START) (2016a)

Abbildung 6: Waffen oder Ausrüstung für terroristische Anschläge in Deutschland (1990-2015 außer 1993) nach Anzahl



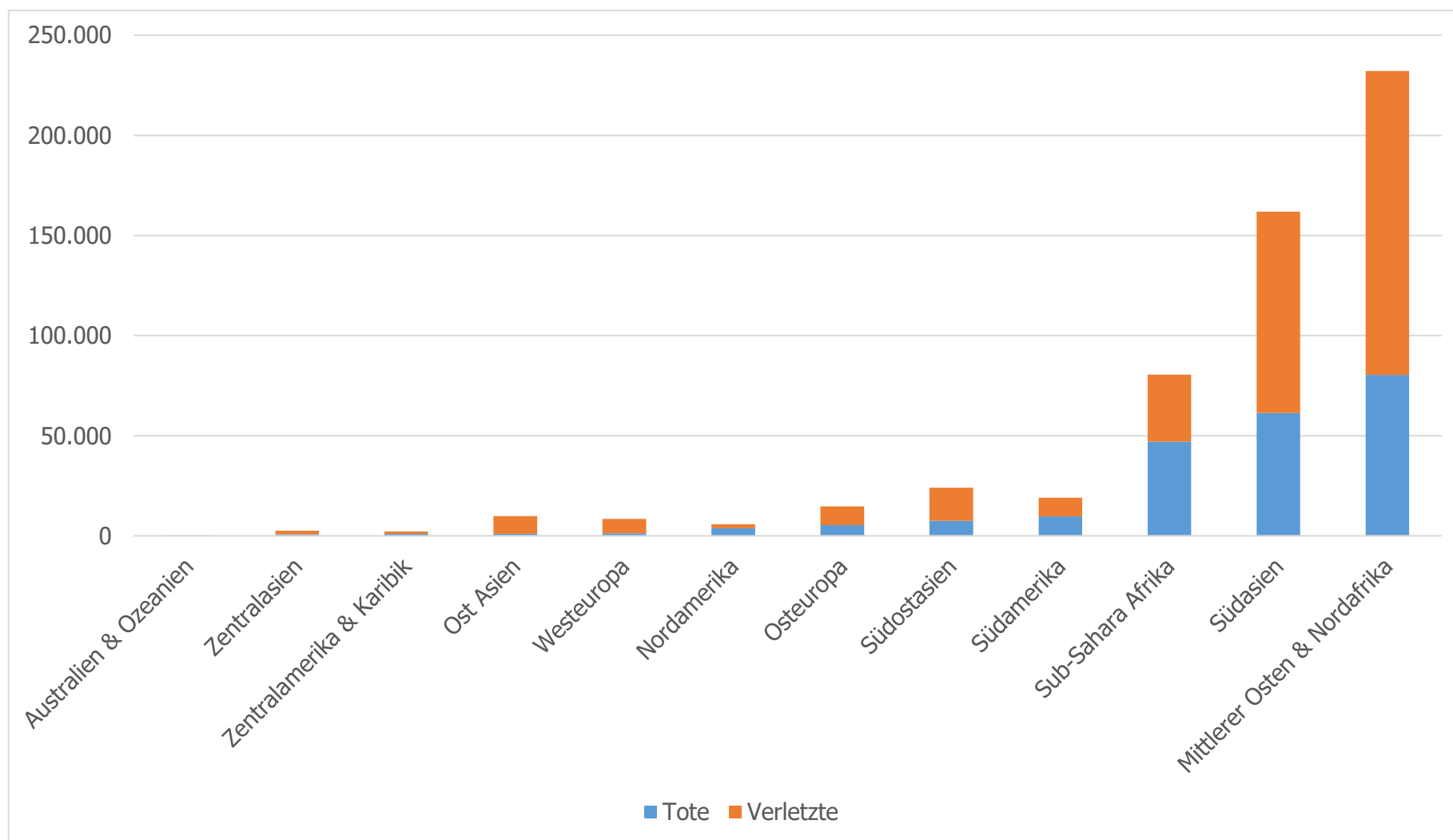
Quelle: National Consortium for the Study of Terrorism and the Response to Terrorism (START) (2016a)

Abbildung 7: Anzahl von Terroranschlägen nach Weltregion 1990-2015 (außer 1993)



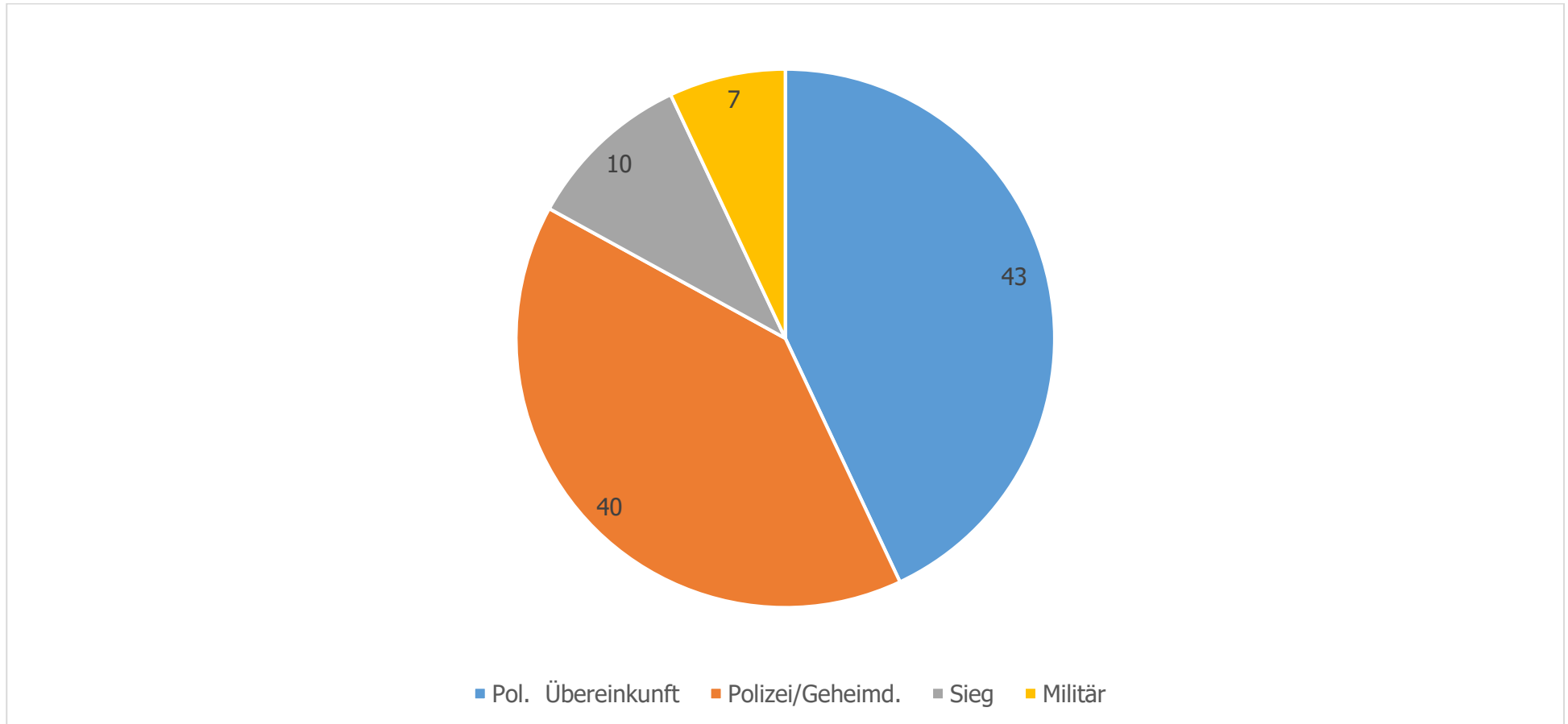
Quelle: National Consortium for the Study of Terrorism and the Response to Terrorism (START) (2016a)

Abbildung 8: Opfer von Terroranschlägen 1990-2015 (außer 1993)



Quelle: National Consortium for the Study of Terrorism and the Response to Terrorism (START) (2016a)

Abbildung 9: Methoden zur Beendigung und/oder Auflösung von Terrorgruppen (in %)



Quelle: Eigene Darstellung